

Sofortinformation über die Sitzung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 17. und 18. Juni 2017 in Berlin

Der Bundesausschuss kam am 17. und 18. Juni 2017 zu seiner zweiten Sitzung 2017 zusammen.

Zum TOP »Aktuelles« berichtete Sevim Dagdelen über die aktuellen Themen aus der Bundestagsfraktion, wie den G20 Gipfel, die Außenpolitik der SPD, die Stationierung der Bundeswehrsoldaten in Incirlik sowie die Diskussion über die Autobahnprivatisierung. Sie berichtete auch über ein Schachturnier von Abgeordneten der Duma der Russischen Föderation mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Hans Modrow hielt den Bericht des Ältestenrates und informierte über den Besuch des Gremiums beim Europäischen Parlament. Er appellierte zudem für eine intensivere Debatte zur strategischen Ausrichtung innerhalb der Partei. Im Namen des Präsidiums sprach Barbara Borchardt und kritisierte den Vorschlag des Parteivorstandes an den Parteitag, einen Teil der mündlichen Berichte nicht aufzurufen. Ferner forderte sie eine stärkere Vernetzung auf Landesverbandsebene zum Thema Europa sowie eine verbesserte Zusammenarbeit des Präsidiums mit dem Parteivorstand.

Im weiteren Verlauf diskutierte der Bundesausschuss zum Thema »Wahljahr 2017: Auswertung der Landtags- und europäischen Wahlen, Schlussfolgerungen für die Bundestagswahl«. Astrid Schramm (Saarland), Özlem A. Demirel (NRW), Klaus Dieter Brüggmann (Schleswig-Holstein) berichteten zu den Landtagswahlen, Cornelia Ernst (MdEP) berichtete zu den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich. Johanna Scheringer-Wright, Thies Gleiß und Luise Neuhaus-Wartenberg berichteten als VertreterInnen des Parteivorstandes. Es folgte eine Debatte.

Zum Ende des ersten Beratungstages trafen sich die Arbeitsgruppen »Zusammenwachsen« und »Europa«.

Der zweite Beratungstag begann mit der Befassung der vom Parteitag überwiesenen Anträge. Zum Antrag »Für ein Ende der Besetzung in Palästina und der Gaza-Blockade« lagen Änderungsanträge von den Antragstellerinnen und vom Parteivorstand vor. Der Änderungsantrag des Parteivorstandes »Eine friedliche Zwei-Staatenlösung muss Ziel bleiben« fand eine Mehrheit. Den Antrag »Überwachung der Partei DIE LINKE durch Inlandsgeheimdienste beenden« mit einer übernommenen Ergänzung beschloss der Bundesausschuss mehrheitlich.

Im weiteren Verlauf diskutierte der Bundesausschuss zur politischen Lage in Europa, mit Eingangsstatements von Fabio de Masi (MdEP) zur Entwicklung der Europäischen Union sowie Heinz Bierbaum und Claudia Haydt zur Einschätzung aus Sicht der Europäischen Linken und der Partei. Es folgte eine Diskussion.

Den Antrag zu satzungskonformen Vorstandswahlen und der Ablehnung des Frauenplenums als integralem Bestandteil des Parteitages wurde bei wenigen Enthaltungen vom Bundesausschuss abgelehnt.

Barbara Borchardt und Andreas Günther berichteten von den Treffen der Arbeitsgemeinschaften. Der Bundesausschuss beschloss, sich in der kommenden Sitzung im Oktober mit dem Thema »Parteipolitik, Bundespolitik, Landespolitik« zu befassen und dem kommenden Bundesausschuss eine Empfehlung zur weiteren Arbeit auszusprechen.

Die nächste Sitzung des Bundesausschusses findet am 7. und 8. Oktober 2017 in Berlin statt.

(Informationen zur Arbeit des Bundesausschusses, Protokolle, Sofortinformationen und Beschlüsse sind zu finden unter: <https://www.die-linke.de/partei/organe/bundesausschuss/bundesausschuss-2016-2017/>)

18. Juni 2017

Präsidium des Bundesausschusses:

Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft)

Nicole Fritsche-Schmidt (Nordrhein-Westfalen)

Alexander Kauz (Baden-Württemberg)

Swen Knöchel (Sachsen-Anhalt)

Angelika Mai (Berlin)

Artur Pech (Brandenburg)